

„NEW“ – Neue Energien West eG und Bürger-Energie- genossenschaft West eG

Zwei Genossenschaften – ein Ziel

Helmut Amschler

Eine Region auf dem Weg in die Energie-Zukunft

Das Autokennzeichen ist in vielen Landkreisen das verbindende Element von Städten und Gemeinden. Gemeinsame Energiekonzepte über Gemeindegrenzen hinweg sind indes mitunter schwierig umzusetzen. Nicht so im bayerischen Landkreis Neustadt an der Waldnaab, der im strukturschwachen Grenzgebiet zu Tschechien liegt. Eine interkommunale Genossenschaft zeigt, wie Kommunen gemeinsam mit ihren Bürgern durch Investitionen in Erneuerbare Energien Wertschöpfung und Erträge im ländlichen Raum halten.

„Wir haben das Autokennzeichen bewusst in unseren Namen aufgenommen, um die interkommunale Zusammenarbeit in unserer Heimatregion zu betonen“, sagt Helmut Amschler, Aufsichtsratsmitglied der „NEW“ – Neue Energien West eG. „NEW“ steht heute somit nicht nur für den Landkreis Neustadt in der nördlichen Oberpfalz, sondern auch für die interkommunale Energiegenossenschaft. Unter dem Leitspruch „Aus der Region – für die Region“ haben sich im Februar 2009 zunächst acht Städte und Gemeinden zusammengeschlossen, um bis zum Jahr 2030 ihre Energieversorgung auf Erneuerbare Energien umzustellen.

Die Initiative zur Gründung der Genossenschaft ging von den Stadtwerken Grafenwöhr aus, welche sich schon seit längerer Zeit mit der Frage beschäftigten, wie man nicht nur in ihrer Gemeinde, sondern gemeinsam mit anderen Kommunen in der Heimatregion regenerative Energien fördern könnte. So wurde die Idee einer interkommunalen Genossenschaft entwickelt und zunächst der Verwaltungsrat der Stadtwerke von dieser Idee überzeugt. Die Kommunalvertreter waren begeistert. „Danach sind wir bei allen Bürgermeistern und Gemeinderäten

der Leader-Region des „VierStädtedreiecks“ vorstellig geworden und haben für die gemeinsame Initiative geworben. Nach und nach konnten wir alle überzeugen“, berichtet Helmut Amschler, der Vorstand der Stadtwerke Grafenwöhr.

Interkommunale Zusammenarbeit für mehr als 92.000 Bürger

Die „NEW“ eG ist gewissermaßen das Dach für die Initiierung von Erneuerbare Energien-Projekten. In der Satzung ist geregelt, dass die Genossenschaft ausschließlich im Bereich der regenerativen Energien investieren soll. An dem Gemeinschaftsunternehmen sind Kommunen und kommunale Unternehmen der Region direkt beteiligt. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist die Zeichnung von mindestens einem Geschäftsanteil, der auf eine Summe von 5.000 Euro festgelegt ist. Heute sind bereits 19 kommunale Mitglieder aus drei Landkreisen mit insgesamt 154 Geschäftsanteilen der Genossenschaft beigetreten. Sie vertreten die Interessen von mehr als 92.000 Bürgern der Mitgliedskommunen. Die Bürgermeister von Grafenwöhr, Schwarzenbach und Neustadt am Kulm stellen den Vorstand, die anderen Bürgermeister wirken ehrenamtlich im Aufsichtsrat mit.

Bürger-Energiegenossenschaft West eG sorgt für Bürgerbeteiligung

Auch die Bürger der Region sind an der „NEW“ beteiligt. Sie werden aber nicht direkt Mitglied, sondern sie erwerben Anteile einer zweiten Genossenschaft, der „Bürger-Energiegenossenschaft West eG“ (BEW). Diese Genossenschaft ist wiederum ein vollwertiges Mitglied der „NEW“ eG. „Wir haben diese Trennung vorgenommen, damit wir einerseits die grundsätzlichen Entscheidungen über Standorte und Energieprojekte in der Region und andererseits die individuellen Entscheidungen einzelner Bürger, die sich für das ein oder andere Energieprojekt in ihrer Gemeinde interessieren, auseinander halten. Mit dieser Dachkonstruktion haben wir das große Ganze für die Region im Blick und zugleich alle Bürger mit im Boot“, erläutert „NEW“-Vorstand Helmuth Wächter aus Grafenwöhr.

Die genossenschaftliche Organisationsform erleichtert somit nicht nur die Kooperation und den Interessenausgleich zwischen den Kommunen, sondern auch die aktive Beteiligung der Bürger. An der BEW

kann sich jeder Bürger beteiligen, der bereit ist, mindestens 500 Euro zu investieren. Derzeit halten 1.240 Privatpersonen mehr als 26.000 Anteile an der Genossenschaft. Die Gesamtsumme von 13 Millionen Euro wird der „NEW“ für Investitionen zur Verfügung gestellt. Diese Zahlen belegen, dass die Bürger ihren Kommunen vertrauen und durch die genossenschaftliche Zusammenarbeit niemand übervorteilt wird.

Transparenz, Ur-Demokratie und rasche Entscheidungsfindung

„Interessanterweise erleichtert der genossenschaftliche Grundsatz ‚Ein Mitglied – eine Stimme‘ die Diskussion und Entscheidungsfindung der Kommunen und Bürger. Es gibt kein Sperrfeuer einzelner, wie man vermuten könnte, sondern es wird gemeinsam nach ausgewogenen Lösungen gesucht“, berichtet Vorstandsmitglied Peter Nößner aus Schwarzenbach. Sollte einmal eine Gemeinde nicht den Zuschlag für ein Projekt bekommen, wird sie zukünftig aber bei anderen Vorhaben berücksichtigt. Anders als eine einfache Finanzbeteiligung ist die Genossenschaft ein langfristig angelegtes, regionales Unternehmen, mit dem das Prinzip „Man sieht sich immer zweimal im Leben“ positiv gelebt werden kann.

Aus der Region für die Region hält Wertschöpfung und Arbeit im Raum

Das Vertrauen der Bürger wird auch dadurch gestärkt, dass es keine Nachschusspflicht gibt. Das finanzielle Risiko jedes Einzelnen ist auf die Einlage begrenzt. Die Genossenschaft ist zudem den Interessen der Mitglieder (und keinem externen Finanzinvestor) verpflichtet, sie ist besonders insolvenzsicher und eine feindliche Übernahme, z. B. durch ein großes Energieunternehmen, ist nicht möglich. Schlussendlich hat die BEW auch drei Stimmen im Aufsichtsrat der „NEW“. Doch für ein Veto gab es bislang keinen Anlass: „Bei uns gibt es keine Hahnenkämpfe“, sagt Vorstandsmitglied Wolfgang Haberberger aus Neustadt am Kulm. „Es wird sachorientiert zusammengearbeitet, so etwas wie Parteizugehörigkeit spielt bei den Entscheidungen überhaupt keine Rolle. Jeder hat begriffen, dass es um die Zukunft der Region geht.“ Durch die Vergabe von Aufträgen ausschließlich an regionale Firmen und durch die Finanzierung über regionale Raiffeisen- und Volksbanken sowie Sparkassen werden Wertschöpfung und Erträge in der Region

gehalten; die Gewinne fließen nicht ins Ausland ab, wie bei großen Kapitalgesellschaften üblich.

Ausgleichend wirkt auch, dass die Mitglieder der „NEW“ und der BEW – also alle Bürger und Kommunen – die gleiche Dividende erhalten. Im Gründungsjahr 2009 wurden 3,25 %, im Jahr 2010 bereits 3,8 %, im Sonnenjahr 2011 3,8 % plus 0,5 % Sonnenbonus sowie im Jahr 2012 3,8 % Dividende gezahlt.

*In viereinhalb Jahren 23 Sonnenkraftwerke errichtet –
rund 17 Millionen Euro investiert*

Gleich im ersten Jahr 2009 wurden drei Dach-Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 50 Kilowatt peak installiert. Die Anlagen wurden vollständig mit Eigenkapital finanziert. In 2010 kamen sieben Dach-Photovoltaikanlagen mit 241 Kilowatt peak Leistung und zwei Freiland-Photovoltaikanlagen mit 3,1 Megawatt peak Leistung hinzu. Im Jahr 2011 waren es zwei Dach-PV-Anlagen mit 144 Kilowatt peak sowie zwei Freiland-PV-Anlagen mit 2,1 Megawatt peak und 655 Kilowatt peak. Die investierte Summe beträgt mittlerweile 7 Millionen Euro. Für das Jahr 2012 war der Erwerb einer großen Freiland-PV-Anlage mit 16 Megawatt peak geplant und im Jahr 2013 wurde eine Freiland-Anlage mit 2,85 Megawatt peak erworben sowie sechs Dach-PV-Anlagen mit 200 Kilowatt peak gebaut. Die Investitionssumme seit 2009 beträgt ca. 17,8 Millionen Euro. Bis zum Ende des Jahres sollen insgesamt mehr als 9,25 Megawatt peak installiert sein. Die CO₂-Einsparung beträgt dann 6.200 Tonnen pro Jahr. Mit dem erzeugten Sonnenstrom können rechnerisch 2.300 Einfamilienhäuser versorgt werden.

Regionale Verantwortung ist die Antriebsfeder

„Aus der Region für die Region“ lautet das Motto beider Genossenschaften, denn die Wertschöpfung und die Erträge bleiben im Raum – sie „wandern nicht ab“, wie bei der jetzigen Form der Energieerzeugung.

Die Finanzierung der genossenschaftlichen Projekte erfolgt ausschließlich durch regionale Geldinstitute (keine Großbanken) sowie durch Bürgerkapital.

Die regionalen Steuereinnahmen werden gesteigert; die Genossenschaften zahlten an Körperschafts- und Gewerbesteuer allein im Jahr

2012 mehr als 160.000 Euro. Kein „Steuersparmodell“ privater Investoren zum Nachteil der Kommunen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien im ländlichen Raum stellt eine wirkungsvolle Selbsthilfe zur Überwindung der Strukturschwäche dar.

Durch die Beauftragung ausschließlich regionaler Firmen werden bestehende Arbeitsplätze in der Region gesichert und der Abwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften entgegengewirkt. Es können mittelfristig auch neue Arbeitsplätze entstehen.

Durch die interkommunale Zusammenarbeit können zahlreiche Synergieeffekte (auch auf anderen Gebieten) genutzt werden. Beispiel hierfür ist das „integrierte Klimaschutzkonzept“ für elf Kommunen, zu dessen Umsetzung nun ein gemeinsamer Klimaschutz-Manager eingestellt wird.

Energiemix ist unverzichtbar – Abhängigkeiten beenden

Zukünftig sind Nahwärmenetze und Biomasse- bzw. Holzhackschnitzelanlagen geplant. Im Jahr 2014 werden sich beide Genossenschaften an zwei Windkraftanlagen in der Region beteiligen, die über jeweils 3,2 Megawatt Leistung verfügen. Alles nach dem *Prinzip „Ameisenhaufen“* wie es Amschler nennt. Er meint damit, dass Erneuerbare Energien *dezentral* verbreitet werden sollten und die Wertschöpfung in den Regionen gehalten werden muss. „Desertec und Offshore-Windparks können nicht allein die Zukunft sein, sie schaffen auch wieder Abhängigkeiten. Viele kleine und mittlere Anlagen sichern die Energieversorgung auf dem Lande besser ab als wenige große. In der Energiewende liegt ein sehr großes Potenzial für die Regionen“, resümiert Amschler, denn der ländliche Raum verfügt über die Flächen, um zukünftig auch die Ballungszentren mit erneuerbarer Energie versorgen zu können. Sind die Anlagen bezahlt, ist die regenerative Energie aus Wind, Wasser und Sonne nahezu kostenlos und unendlich verfügbar. In einem Jahrzehnt wird auch die Speicherproblematik, die übrigens nicht nur die erneuerbaren Energien betrifft, gelöst sein, dann beginnt ein neues Zeitalter der Energieversorgung.

„Re-Kommunalisierung“ der Stromversorgung wird angestrebt

Regionalität, Nachhaltigkeit und Gemeinschaft werden jedenfalls im Landkreis mit dem Kennzeichen „NEW“ groß geschrieben. Nur regional erzeugte Energie ist werthaltig und erspart uns viele „Strom-Autobahnen“ quer durch die Republik.

In der Bayerischen Verfassung ist in Art. 83 geregelt, dass die Versorgung der Bürger mit ...elektrischer Kraft... eine Aufgabe des eigenen Wirkungskreises der Kommunen ist. Nur in kommunaler oder staatlicher Hand ist ein *verantwortungsvoller* Umgang mit den Gütern der Daseinsvorsorge zum Wohle der Bürger sichergestellt. Was für das Trinkwasser gilt, muss auch für die Energieversorgung gelten. Die „Re-Kommunalisierung“ der Energieversorgung muss wieder Ziel staatlichen Handelns werden, nachdem die „Privatisierung“ zur Monopolisierung geführt hat. Die Preissenkungen an der Strombörse (Kappung der Mittagsspitzen), welche die erneuerbaren Energien durchgesetzt haben, werden von den Monopolisten nicht an die Bürger weitergegeben, sondern als Rabatte an Großkunden, Konzerne und Kommunen ausgereicht. Der einzelne Bürger trägt bisher die Mehrkosten. Dies wird ab dem Jahr 2014 durch einen „NEW“-Regionaltarif geändert. Strom muss für die Bürger bezahlbar bleiben.

Auch wollen die Mitgliedskommunen ihre Stromnetze vom Energieversorger zurückerwerben, um den regional erzeugten Strom zukünftig über eigene Leitungen an die Mitbürger liefern zu können. Zugegeben: ein ehrgeiziges Ziel, doch auch dies wird bis zum Jahr 2030 Wirklichkeit werden.

Beteiligungsmodell für kommunale Unternehmen

Das Beispiel der „NEW“ zeigt, dass eine Genossenschaft auch als ein Beteiligungsmodell an einem kommunalen Unternehmen geeignet ist. Im Fall der „NEW“ ist es eine Dachgenossenschaft, an die eine Bürgerbeteiligungsgenossenschaft gekoppelt ist. Die Genossenschaft kann als Beteiligungsgesellschaft, aber auch für Stadtwerke oder andere kommunale Unternehmen genutzt werden. Damit sind auf der einen Seite Bürgerbeteiligung und zusätzliches Eigenkapital möglich. Auf der anderen Seite wird aber sichergestellt, dass die kommunalen Entscheidungsträger die zentralen Entscheidungen gemeinsam treffen können.

Der Autor *Helmut Amschler* ist Vorstand der Stadtwerke Grafenwöhr.